

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

323 (16.7.1918) Mittagblatt

Badischer Beobachter

Mittagsblatt

Bezugspreis vierteljährlich:
 In Karlsruhe durch Träger Nr. 4.25;
 in Karlsruhe monatlich Nr. 1.10
 (b. d. Geschäftsstellen Nr. 1.10)
 Ausland (Deutschland) durch die
 Post Nr. 4.70 ohne Postgeld; für
 Desterreich-Ungarn, Burenburg, Belgien,
 Holland, Schweiz bei den Postämtern,
 übriges Ausland Nr. 12.—

Anzeigenpreis:
 Die achte Kolonieliste 25 Pf.; Resten
 Nr. 1.20, je mit 20% Zeitungszu-
 schlag. Bei Wiederholung Nachschlag
 nach Tarif. — Beiträge vermittels
 alle Anzeigenannahmen. — Schluß der
 Anzeigenannahme vom 1. bis 11 Uhr
 abg. nachm. 3/3 Uhr.

Verlagsredaktion Nr. 122
 Notationsdruck und Verlag der Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei
 Karlsruhe, Koberstraße 42, Albert Hofmann, Director

Erscheint an allen Wochentagen in zwei Ausgaben
 Betragen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Carné und Blumen“,
 „Blätter für den Familienkreis“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: E. H. Meyer;
 für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl; für Anzeigen und Resten:
 A. Hofmann, familiär in Karlsruhe.

Die Kolonien im Zentrumprogramm.

Von geschäftlicher Seite wird uns geschrieben:

In den Richtlinien, die der Reichsausschuß der zentralen Zentrumspartei für die Parteiarbeit festgelegt hat, sind auch die Kolonien erwähnt. Der Reichsausschuß fordert Schaffung eines den deutschen Wirtschaftsbedürfnissen genügenden deutschen Kolonialgebietes, Förderung der Christianisierung der Eingeborenen, Beseitigung jeder Form der Sklaverei. In snappen Umrissen wird damit die grundsätzliche Stellung bezeichnet, welche die Zentrumspartei zu den kolonialen Fragen einnimmt. Es sind nur Richtlinien, nicht ein ausführliches Programm. Aber aus diesen Richtlinien geht klar und deutlich hervor, wie die Zentrumspartei über die künftige Gestaltung und Entwicklung des deutschen Kolonialreiches denkt, was ihr hier als Ideal vorzeichnet, und was sie verhindern will.

Wir fordern ein deutsches Kolonialgebiet, das unseren Wirtschaftsbedürfnissen genügt. Was wir bis zum Ausbruch des Krieges an Kolonien besaßen, hat der wirtschaftlichen Betätigung der Deutschen in Übersee zwar ein weites Feld geboten und hätte auch, wäre der Krieg nicht dazwischen gekommen, schon in absehbarer Zeit der heimischen Volkswirtschaft erheblichen Nutzen gebracht; aber es war doch in Afrika wie in der Südsee, ein reiner Zufalls-erwerb. Von einem organischen Werden unseres Kolonialreiches, wie auch des kolonialen Wertes unserer Feinde, von einer den wirtschaftlichen Bedürfnissen und der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeit der einzelnen Staaten Rechnung tragenden Verteilung der tropischen und subtropischen Gebiete konnte bisher keine Rede sein. Bereits lange vor dem Kriege war dieses Problem Gegenstand eingehender Erwägungen zwischen England und Deutschland gewesen. Der Krieg hat seine Lösung in Frieden verhindert; nun wird es durch den Krieg selbst beim Friedensschluß gelöst werden. Eine Regierung, die Deutschlands berechtigte koloniale Ansprüche — nicht nur die Wiedererlangung unserer jetzt von den Feinden besetzten Kolonien — zielbewußt und kraftvoll vertritt, darf dabei der Unterstützung der Zentrumspartei gewiß sein. Wahrend für das Zentrum sind, das darf nicht außer acht gelassen werden, wirtschaftliche, nicht machtpolitische Erwägungen. Unter den außerpolitischen Forderungen, die das Zentrum erhebt, steht auch Schaffung und Durchführung eines den wirtschaftlichen Grundbedürfnissen entsprechenden Völkerrechtes, Ausbau der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, Freiheit der Meere — Forderungen, die im Gegensatz stehen zu allen imperialistischen Bestrebungen. Imperialistische Bestrebungen können das Zentrum deshalb auch auf kolonialem Gebiet nicht unterstützen.

Christianisierung der Eingeborenen, Beseitigung jeder Form der Sklaverei: das sind Forderungen, die das Zentrum stets mit Entschiedenheit vertreten hat und in deren Sinne es bereits zu einer Zeit patriotisch an der Entwicklung unserer überseeischen Gebiete mitarbeitete, als während des Kartellregimes, der erste Kanzler des Deutschen Reiches die Zentrumsfraktion von der positiven Mitarbeit im Parlament nach Möglichkeit auszuschalten suchte. Damals verlangte Windthorst Maßnahmen des Reiches zur Beseitigung des Sklavenhandels in Afrika und forderte die verbündeten Regierungen auf internationalen Schritten zwecks Abstellung der sklavereiähnlichen Greuel auf, ein Antrag, dem weder die Regierung, noch die Mehrheitsparteien ihre Zustimmung verweigern konnten. Die erste Tat, die von deutscher Seite zur Bekämpfung des Sklavenhandels geschah, war somit auf die Initiative des Zentrums zurückzuführen. In den kommenden Jahren hat das Zentrum stets darüber gewacht, daß bei der wirtschaftlichen Erschließung unserer kolonialen Gebiete die einwohnende Bevölkerung nicht zu Schaden kommt und daß damit nicht nur die Interessen der Eingeborenen, sondern auch die Interessen der Weissen wahrgenommen, die auf die farbigen Arbeitskräfte angewiesen sind und denen schon um des eigenen Vorteils willen daran gelegen sein muß, diesen wertvollen wirtschaftlichen Faktor dauernd zu erhalten.

Die Fragen der Eingeborenenpolitik werden nach dem Krieg wieder besonders aktuell, wenn das durch den Weltkrieg an Borräten erschöpfte Europa sich wieder an die tropischen und subtropischen Gebiete wenden wird, um die entstandenen Lücken auszufüllen. Dazu sind vor allem Arbeitskräfte nötig. Die Bevölkerung dieser Gebiete, insbesondere Afrika, hat sich im Laufe des Krieges nicht vermehrt. Tausende von Afrikanern haben unsere Feinde auf den europäischen Kriegsschauplatz geführt, Tausende in Afrika selbst im Kampf gegen unsere Kolonien geopfert. Hungersnot und Seuchen sind in den letzten Jahren, in denen zu ihrer Bekämpfung nichts geschehen ist, nicht geringer geworden. Aufgabe der europäischen Mächte, die dort Kolonien haben, wird es sein, die Schäden, die in dieser Beziehung durch den Krieg entstanden sind, zu heilen, und dort wieder fortzuführen, wo die Arbeit durch den Krieg jäh unterbrochen werden mußte. Wer werden nicht gleich alle Vorteile aus unserem kolonialen Besitz ziehen können, wir werden erst wieder geordnete Zustände unter den Eingeborenen schaffen müssen. Das wird nach dem Kriege die nächste Aufgabe sein, die unsere Verwaltung in den Kolonien in Angriff nehmen muß.

Das Zentrum hat es stets als Aufgabe des Staates angesehen, die Christianisierung der Eingeborenen zu fördern und Sand in Sand mit den

christlichen Missionen an der sittlichen und kulturellen Sehung der Eingeborenen zu arbeiten. Das Zentrum fordert Christianisierung — nicht Militarisierung der Eingeborenen. Es entspricht nicht dem Zentrumsideal, daß nach dem Kriege auf dem afrikanischen Kontinent die europäischen Großmächte ein Wettrüsten beginnen in der Weise, wie sie es vor dem Kriege auf dem europäischen Kontinent taten. Afrika soll eine Stätte friedlicher Arbeit sein, nicht ein Tummelplatz für kriegerische Unternehmungen. Die Eingeborenen sollen zur Arbeit erzogen werden und nicht zum blutigen Waffenhandwerk, das sie später einmal leicht gegen diejenigen ausüben könnten, die es ihnen beibrachten. Hoffen wir, daß es uns bald vergönnt sein möge, gemäß den Richtlinien des Reichsausschusses der Zentrumspartei an der praktischen Lösung der vielen Fragen auf dem kolonialen Gebiete mitzuarbeiten!

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 15. Juli, abends. (W.A.B. Amtlich.) Südlich und östlich von Reims drangen wir in Teile der französischen Stellungen ein.

Die Kampfstätigkeit im Westen.
 Berlin, 15. Juli. (W.A.B.) Nordwestlich des Lillebeckersees und westlich des Dorfes Kemmel wurden gestern unter Beobachtung von Gefangenen feindliche Patrouillenvorstöße abgewiesen. Von Yperen bis zum Kanal von La Bassée lebte die Artillerietätigkeit auf und hielt auch in den Nächten an. Erhöhte Geschützstätigkeit im Abschnitt Noormezele-Kemmel. Eigenes Artilleriefeuer erzielte Brandwirkung auf die Stellungen von Verquin. Eine größere feindliche Patrouille, die südwestlich Quacouy vorging, wurde abgewiesen. Südlich der Mäse gesteigerte Artillerietätigkeit. Im Abschnitt südlich von Pierre Nigle und in der Somme-Gegend lebte die Geschützstätigkeit wieder auf. Wir machten Gefangene. Compiegne lag auch gestern wieder unter unserer Feuer.

Die Flucht aus Paris.

Berlin, 16. Juli. Die Geheimakten der französischen Republik sollen bereits nach Lyon und Bourges übergeführt worden sein. Der Seineprävalt soll angeordnet haben, daß Luftschiffstugbrücken an der Riveparis von Paris geschaffen werden. Ein Teil größerer Handelsunternehmen und Fabriksbetriebe in Paris hat sich der Wochenszeitung zufolge entschlossen, ihre Betriebe nach Mittelfrankreich oder noch weiter südlich zu verlegen. Auch die Pariser Banken hätten Anstalten zum Abtransport für ihre Verfassungen getroffen.

Rundgebung kriegsbegeisterter englischer und französischer Sozialisten.

London, 14. Juli. (W.A.B.) Reuter. Zu Ehren der französischen Arbeiterchaft fand heute nachmittags eine von dem englischen Arbeiterverband veranstaltete Rundgebung im Hyde-Park statt. Es wurden Entschlüsse angenommen, mit Frankreich Schulters an Schulters zu kämpfen, Elack-Rotbringen wiederherzustellen und den preussischen Militarismus vollständig zu vernichten. Die Redner wiesen den Gedanken zurück, mit den feindlichen Sozialisten Bestrebungen auf der Grundlage ihrer Antwort auf die Kriegsbildungschrift der Arbeiterkonferenz der Alliierten anzuknüpfen. Eine sozialistische Grundlegung auf dem Trafalgar-Square zu Ehren der Alliierten, an der die Sozialistenführer Kille, Thorne und Synnden und Vertreter des amerikanischen sozialistischen Verbandes teilnahmen, nahm eine Entscheidung an, in der erklärt wurde, daß die Arbeiter von London nicht eher Frieden wünschen, bis die Hohenzollern und die Gabsburger militärisch vernichtet wären, obwohl sie einen Frieden ohne militärische Erweiterung der Kriegsentwöhnung wünschend, erklären sie jedoch, daß kein Frieden ohne Entscheidung für die von den Deutschen angelegten Verwüstungen und die Wiederherstellung dieser Gebiete möglich sein wird. In diesem Sinne wurden Vorkämpfer an Clemenceau und Wilson abgesandt.

Ansprachen beim französischen Nationalfest.

Berlin, 16. Juli. Nach einer Meldung des Berl. Lokalaus. aus Genf verzichtete der Präsident Poincaré bei der Feier des französischen Nationalfestes im Pariser Stadthaus auf jede Ansprache. Bichon sprach über die im Gemeinderat bestehende Friedensneigung und erklärte, Frankreich werde nicht kapitulieren, aber jeden mit der Ehre der Verbündeten zu vereinbarenden und deren gerechte Ansprüche befriedigenden Friedensvorschlägen zustimmen. Der japanische Gesandte erwiderte namens des diplomatischen Korps, alle Verbündeten seien für die Fortsetzung des Krieges.

Verlin, 16. Juli. Aus Chiasso wird dem Berl. Tageblatt gemeldet, das französische Nationalfest wurde in ganz Italien mit Enthusiasmus gefeiert. Besonders hoch gingen die Wogen der Begeisterung in Rom und in Mailand. Die Straßen waren mit französischen Flaggen besetzt und auf den Plätzen wurden aus tausenden Flugblätter verteilt, in denen die französisch-italienische Freundschaft als ein Triumph der Zivilisation gegen die Barbarei gepriesen wurde. (1)

Volkshaft Wilsons an Frankreich.

Washington, 15. Juli. (W.A.B.) Reutermeldung. Anlässlich des französischen Nationalfestes sandte Präsident Wilson dem französischen Volk eine Botschaft, daß die Vereinigten Staaten stolz seien, mit Frankreich in Waffen- und in Zielkameradschaft vereinigt zu sein. (Diesen „Stolz“ der Yankee's muß Frankreich teuer bezahlen. N.)

Der Gefangenenaustrausch.

London, 15. Juli. (W.A.B.) Unterhaus. Donar Law teilte mit, daß zwischen den Delegierten im Haag über den Austausch der Gefangenen eine Einigung erzielt wurde, die aber noch der Ratifikation der beiden Regierungen bedürfe. Sobald die britischen Delegierten zurückgekehrt seien, werde die Frage des Austausches der türkischen, britischen und indischen Gefangenen in Angriff genommen werden.

Graf Burians Auffassung der gegenwärtigen Lage.

Wien, 15. Juli. (W.A.B.) Die den beiden Ministerpräsidenten von den Ministern des Innern zugegangenen Mitteilungen über seine Auffassung der auswärtigen Lage besagen u. a.: In den gegnerischen Kriegsziele erkennen wir drei Gruppen von Bestrebungen, mit denen verhandelt wird, die Fortführung des Völkergleichens zu recht fertigen: 1. Freiheit aller Völker, die einen Weltbund bilden und ihre Streitigkeiten künftig schiedsgerichtlich austragen. 2. Jede gesellschaftliche Beherrschung muß ausgeschlossen sein. 3. Gebietsveränderungen auf Kosten der Mittelmächte. Außerdem insbesondere bezüglich Desterreich-Ungarns innere Befriedung zum Zwecke der Bildung neuer Staatswesen. Sonach stehen zwischen den kriegführenden Parteien eigentlich nur die Ziele territorialer Natur. Für Gerechtigkeit, Freiheit, Ehre, Völkerrücken und Gleichberechtigung als Gebot einer zeitgemäßen politischen Auffassung wollen wir uns selbst einsehen. Auch besteht in diesen allgemeinen Grundföhen kaum ein Unterschied. Auch den neuen vier Punkten des Präsidenten Wilsons werden wir allgemein zustimmen können. Wir sind immer bereit, mit allen Feinden in Friedensverhandlungen einzutreten. Söhne für getanenes Unrecht können wir von ihnen mit mehr Recht verlangen, denn wir sind die Angegriffenen.

Ueber das Bündnis mit Deutschland sagte Graf Burian: Die ins Gemeinbewußtsein gedrungenen Erfahrungen aus langer Bündniszeit veranlassen uns zum Ausbau des Bündnisses im Geiste des alten Vertrages im Einklang mit dem Wunsch der überlebenden Klassen ihrer Völker in befriedigender Lösung aller aus dem Kriege entstandener Fragen. Der Bündnisvertrag soll die vielfachen wirtschaftlichen, militärischen und sonstigen Beziehungen den veränderten Verhältnissen anpassen, sowie die mit der Wiederherstellung des zusammenhängenden Europa unter Rücksichtnahme auf die Wünsche der Bevölkerung Wien. Ueber den Verhandlungen über die volle Parität und die Unabhängigkeit der vertrauensvollen Mächte. Das Bündnis soll auch künftighin gegen niemanden eine Bedrohung oder Unfreundlichkeit bedeuten.

Zur Lage im Osten.

Der allrussische Rätekongreß zum Gesandtenmord.

Moskau, 14. Juli. (W.A.B.) Kanada veröffentlicht folgende Entschlüsse des allrussischen Rätekongresses: Die Organisatoren und Teilnehmer am Gesandtenmord und den Aufständischen haben ihre Stellung als Rätepartei mißbraucht. Der Kongreß verlangt strenge Bestrafung der Verbrecher. Die Sowjetteile der Rätepartei sind solidarisch mit den Verbrechern. Für solche Organisatoren ist kein Platz in den Repräsentanten. Die Hauptaufgabe der Rätegewalt ist die Erhaltung des Friedens. Nur im Falle eines fremden Vormarsches ist es Pflicht aller Arbeiter, Bauern und ehrlicher Bürger, das Land gegen die Imperialisten zu verteidigen.

Moskau, 14. Juli. (W.A.B.) Die Sitzung des allrussischen Kongresses am 9. Juli wurde von Trotski mit einem Bericht über die Unterdrückung des Aufstandes der Rätepartei eröffnet. Er führte aus, daß kein denkender Bauer, Arbeiter und Soldat einen Krieg mit Deutschland neu zu beginnen wünsche.

Russischer Vertreter bei der Besetzung des Grafen von Mirbach.
 Moskau, 14. Juli. (W.A.B.) Der Vertreter der russischen Regierung bei der Besetzung des Grafen Mirbach, General Sergei Ivanowitsch Odintsov ist der frühere Chef der 11. kaukasischen Division, derzeitiges Mitglied der russischen Friedensdelegation in Wien.

Die Bekämpfung der Gegenrevolution.

Moskau, 14. Juli. (W.A.B.) Pressenotizen zufolge sind Susran und Guguly von den Räteruppen genommen, die auch auf Stavropol vorrückten. Der Abschnitt Nikoljewsk befindet sich gleichfalls in den Händen der Regierungstruppen.
 An der Front Scheljabinsk und Zekaterinburg wird von Unzufriedenheit der kaiserlichen Truppen mit ihren Führern berichtet. Aus Sibirien wird gemeldet, daß sich die Ver-

handlungen zwischen der sibirischen Regierung und Japan wegen zu schwerer Bedingungen, die Japan für seine Hilfe stellt, hingehen.

Die Kolonisten der Westukraine an den Kaiser.

Berlin, 15. Juli. (W.A.B.) Der Kongreß der Kolonisten der Westukraine richtete an den Kaiser folgende Drahtgramme: Der Kongreß der aus der Verbannung zurückgekehrten Kolonisten der Westukraine teilt Eurer kaiserlichen Majestät in tiefer Ehrfurcht seinen unauslöschlichen Dank an für die Befreiung aus schwerer Not und gibt alleruntertänigst der Hofnung Ausdruck, daß es Eurer Majestät und allerhöchster der weissen Reichsregierung unter Gottes Beistand gelingen möge, den deutschen Kolonisten der Ukraine auch ferner Beistand zu gewähren. gez.: Präsident Pastor R. Deringer; Vizepräsident Pastor E. Korrens; K. Mohrbaum.

Darauf erging folgendes Antworttelegramm:

Großes Hauptquartier, 11. Juli. Dem Kongreß der Kolonisten der Westukraine (Präsident Pastor R. Deringer). Seine Majestät der Kaiser haben die Dankesfundgebung der aus der Verbannung glücklich zurückgekehrten deutschen Kolonisten der Westukraine mit Freuden entgegengenommen und werden ihnen auch fernerhin gern allerhöchste ihr besonderes Interesse bewahren. Auf allerhöchsten Befehl: Kabinettsrat von Derg.

Miljufow.

Berlin, 16. Juli. Die von einem Berliner Blatt nach einer russischen Behauptung gebrachte Meldung, daß der frühere Minister des Äußeren Miljufow nach Berlin abgereist sei, trifft, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, nicht zu. Miljufow habe sich neuerdings für ein Zusammengehen Rußlands mit Deutschland ausgesprochen, werde aber nicht in Berlin erwartet.

Ein Brief des Erzaren.

Berlin, 16. Juli. Laut Berl. Lokalanzeiger veröffentlicht die Petersburger „Sloboda“ einen Brief des Zaren an einen Freund in Petersburg, in dem es heißt: Als wir aus Zekaterinburg abreisten, verabschiedete eine Gruppe von Banditen uns zu betreten. Dem Zarowitsch wurde dadurch ein großer Schaden einseitig, von dem er sich noch nicht erholt hat, jedoch er noch immer das Bett hüten muß. Es ist nur der Persönlichkeit eines Kommissars zu verdanken, daß wir am Leben geblieben sind.

Differenzen unter den Links-Sozialrevolutionären.

Moskau, 14. Juli. (W.A.B.) Die Presse bringt Erklärungen verschiedener Arbeiterorganisationen und einzelner Parteimitglieder der Links-Sozialrevolutionäre, die die Handlungsweise der Partei beurteilen. Genes wird berichtet, daß ein Teil der Links-Sozialrevolutionäre zu den Bolschewiki, ein Teil zu den rechts Sozialrevolutionären übergegangen sei.

Wilson setzt Rußland zum Krieg.

Moskau, 14. Juli. (W.A.B.) Nowoja Schina bringt folgende Erklärung des amerikanischen Gesandten am amerikanischen Nationaltag: Alle Bundesgenossen halten Rußland noch für einen kämpfenden Staat. Den Preiser Frieden erkennen sie nicht an. Wilson hat erklärt, er werde Rußland nicht verlassen, d. h. er will nicht unbeteiligt zusehen, wie die Deutschen das russische Volk ausbeuten und sich die Reichthümer Rußlands aneignen. Die Stellung Amerikas ist nicht diktiert von Wünschen auf Land-erwerb und Sondersortteile. Auch in innere Angelegenheiten will Amerika sich nicht einmischen. Es liegt nun aber an dem Selbstbestimmungsrecht Rußlands, und dieses soll nicht gezwungen sein, sich der Verwaltung Deutschlands unterzuordnen. Ich rufe das russische Volk zur Mannhaftigkeit auf und zur Organisierung gegen die deutsche Eroberung. Ich habe Weisung erhalten, öffentlich zu erklären, daß es die Aufgabe Amerikas ist, alle slavischen Völker von deutscher und österreicherischer Herrschaft zu befreien.

Gegen falschen Verdacht.

Peking, 15. Juli. (W.A.B.) Reuter. Gegenüber den Behauptungen, daß China Baumwolle, Tee, Kaffee usw. nach Rußland lädte, die schließlich nach Deutschland gelangten, wird erklärt, daß keine derartige Waren auf Eisenbahnlinien, die unter chinesischer Kontrolle stehen, exportiert werden.

Zur Kanzlerrede.

Kopenhagen, 15. Juli. (W.A.B.) Anlässlich der Rede des Grafen Hertling wurde dem Berliner Reichertatter des Politiken von nachunterrichteter autoritativer politischer Seite mitgeteilt, daß die Erklärung Hertlings zur belgischen Frage von jedem Eingeweihten als selbstverständlich betrachtet werden müsse. Man braucht nur daran zu erinnern, daß auch Weltmann-Hollweg schon Belgien als Rand bezeichnet habe. Deutschland beschuldigt also beständig, Belgien als Land-gegenstand zu benutzen. Damit sei ausgeschlossen, daß Deutschland Belgien zu behalten wünsche. Die Voraussetzungen für die Herausgabe Belgiens sei insofern unbedingte, daß Deutschland seine überseeischen Kolonien zurückgeben werde und daß es ungehinderte Verbindung mit diesen erhalte. Das Schicksal Belgiens hänge davon ab.

Frankenreicher Unfin zur Kanzlerrede.

Paris, 14. Juli. (W.A.B.) Das Journal sagt die Angelegenheit als ein von den Alldeutschen abgegebenes offenes Eingeständnis ihrer

Neue Musikalien für Kirchenchöre!
Veni creator spiritus
 für drei- (oder vier-) stimmigen Knaben- oder Frauenchor von Otto A. Berner. (op. 31.) Partitur (als Stimme verwendbar) M. — 25.

Deutsches Predigtbuch
 für vierstimm. gemischten Chor bzw. zweistimm. Chor mit Orgel von Herold Wagner. Partitur M. — 30, Stimmen einzeln M. — 10, in Partitur billiger.

Badenia, Verlag und Druckerei, Karlsruhe.

Die Kirchenchöre!
 Liebe und praktisch erprobte Kirchenlieder

Sponsoren
 Dienstleistungen für gemischten Chor, Knaben- oder Frauenchor bzw. komponiert von Sponsoren in Karlsruhe.

Verlag u. Druckerei Karlsruhe.

Die Kirchenchöre!
 Liebe und praktisch erprobte Kirchenlieder

Sponsoren
 Dienstleistungen für gemischten Chor, Knaben- oder Frauenchor bzw. komponiert von Sponsoren in Karlsruhe.

Verlag u. Druckerei Karlsruhe.

Die Kirchenchöre!
 Liebe und praktisch erprobte Kirchenlieder

Sponsoren
 Dienstleistungen für gemischten Chor, Knaben- oder Frauenchor bzw. komponiert von Sponsoren in Karlsruhe.

Verlag u. Druckerei Karlsruhe.

